

Presseinformation
Wien | 12.12.2023

ÖHGB: Mietbremse ist Investitionsbremse!

Utl: Die von der Regierung angepeilte Mietpreis-Valorisierungsbremse ist Umverteilungspolitik auf Kosten der Vermieter und wird vor allem Investitionen bremsen.

Wien (OTS) – „Die Regierung verspricht, dass den Mietern künftig mehr Geld in den Brieftaschen bleiben soll“, fasst ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin Prunbauer das Anliegen der Befürworter einer solchen Bremse zusammen und „klammert aus, dass dieses großzügige Geschenk auf Kosten der Vermieter geht.“

Bei einer Valorisierung geht es nicht um Gewinnerzielung, sondern um Werterhalt.

Dass die Neugestaltung des Systems der Valorisierung die Planbarkeit gewährleistet, gilt für Mieter, nicht aber für Vermieter. Für diese bleiben Rechtssicherheit und Planbarkeit auf der Strecke. Immer wieder wurde in der Vergangenheit in die Rechte der Eigentümer eingegriffen. Prunbauer warnt: „Diese Maßnahme wird Investitionen in den Erhalt und die Verbesserung von Liegenschaften vermindern oder gar verhindern. Dabei sollte es gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten Anreize für Investitionen geben. Investitionen anstelle von Sanktionen gegen Vermieter.“

Umverteilungspolitik auf Kosten der Vermieter

Wird das 3. MILG tatsächlich mit diesem Inhalt beschlossen, bedeutet dies, dass ohne Rücksicht auf die Interessen der Vermieter und einzig und allein auf deren Kosten Mieter des regulierten Mietsektors, egal ob reich oder arm, Vergünstigungen erhalten. Mit diesem Füllhorn, das über den gesamten regulierten Mietsektor geschüttet wird, erntet die Regierung nicht nur Unverständnis und Vertrauensverluste auf Seiten der Vermieter, sie negiert das Verständnis über die Notwendigkeit der Erhaltung des Gebäudebestandes. „Gerade jetzt, wo die Bauwirtschaft und Finanzwirtschaft (KIM-Verordnung) zu kämpfen hat, ist diese Entscheidung völlig verfehlt“, so Prunbauer.

Auswirkungen auf den Werterhalt von Eigentum

Wenn die Politik immer wieder ins private Eigentum eingreift, dann wird das auch in Zukunft Folgen für die Verwertbarkeit des Eigentums haben. Rund 50 Prozent der Österreicher leben im Eigentum. Prunbauer: „Auswirkungen für selbstnutzende Eigentümer sind nicht ausgeschlossen.“

Mehr über den ÖHGB

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB, www.oehgb.at) ist die größte freiwillige Interessenvertretung österreichischer Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer. Die Hauptaufgabe des ÖHGB besteht im Schutz und in der Förderung des Privateigentums sowie der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der privaten

ImmobilienbesitzerInnen. Die ca. 30.000 Mitglieder teilen sich auf die neun Landesverbände auf, die ihren Mitgliedern mit fundierten Rechts-, Steuer-, Versicherungs-, Bau- bzw. Finanzierungsberatungen und weiteren, umfangreichen Informations- und Serviceleistungen, zur Seite stehen. Darüber hinaus betreiben der ÖHGB und dessen Landesverbände im Interesse der Mitglieder aktive Standespolitik in der Interessenvertretung auf allen Ebenen.

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund
Dr. Marie-Theres Ehrendorff
Pressesprecherin
Tel.: +43 676 3239 645
marie-theres.ehrendorff@oehgb.at